



GEMEINDE BINNINGEN

Protokoll des Einwohnerrats

IX. Legislaturperiode

Sitzung Nr. 33 vom 28. Januar 2008

Ort: Kronenmattsaal

Dauer: 19.30 bis 20.30 Uhr

Leitung: U. von Bidder

Anwesend: 38 Mitglieder

Abwesend: G. Köhler, D. Migliazza

Protokollgenehmigung: Die Genehmigung des Protokolls vom 17.12.2007 ist ausgestellt (vgl. nächste Seite).

Präsident:

Protokoll:

Urs von Bidder

Brigitte Christen

Mitteilungen des Präsidenten:

U. von Bidder: Der Absenzgrund von D. Migliazza und G. Köhler ist ein freudiges Ereignis. Sie sind Eltern von gesunden Zwillingen geworden. Er gratuliert den Eltern und wünscht der ganzen Familie alles Gute.

(Stellvertretend für G. Köhler zählt G. Löhr Vanoncini, SP, die Stimmen.)

Tragisch war hingegen der Brand am 24. Dezember 2007 an der Hauptstrasse 10, bei welchem ein Kleinkind ums Leben kam und es viele Verletzte gab. Im Namen des Einwohnerrats möchte er allen Betroffenen sein Mitgefühl aussprechen und wünscht den Geschädigten viel Kraft für die Bewältigung dieser schwierigen Situation. Gleichzeitig dankt er allen Notfallorganisationen und den zuständigen Personen von Behörde und Verwaltung für ihre professionellen Hilfeleistungen.

Am 3. Januar fand der Neujahrsapéro statt. Gemeindepräsident C. Simon begrüßte die Anwesenden hier im Saal. Ein Dankeschön an alle, die den Anlass vorbereiteten und durchführten.

Mitglieder des Landrats und Binninger Gemeinderat trafen sich am 22. Januar zu einem Gedankenaustausch. Es wurde beschlossen, dass dieser Anlass jährlich stattfinden soll.

Am letzten Samstag, am 26. Januar 2008, konnten alle Interessierten die Baustelle Schlosspark besichtigen.

Heute Abend waren alle Mitglieder des Einwohnerrats zu einer Führung und einem Apéro ins Ortsmuseum eingeladen. Dabei kamen auch Probleme des Museums zur Sprache.

Aus dem Büro des Einwohnerrats:

Am 24. Januar fand eine Sitzung statt. Die per E-Mail bekannt gegebene Korrektur im Sitzungsprotokoll vom 17. Dezember 2007 (Seite 441, betreffend Stimmenverhältnis zum kant. Einkommens- und Vermögenssteuerfuss gemäss GR-Antrag 48 %, abgelehnt mit 22 Nein, 14 Ja, 1 Enthaltung) wurde genehmigt. Die korrigierte Seite liegt im Foyer auf.

Am Freitag, 25. Januar traf noch ein Ergänzungsantrag von U.-P. Moos ein. Dieser wird an der nächsten Büro-Sitzung am 6. März 2008 behandelt sowie das weitere Vorgehen beschlossen.

Zur Beschwerde von U.-P. Moos in Sachen Zusatzkredit zum Schlosspark vom Juni 2007: Der Regierungsrat hat diese im Dezember abgewiesen. Dagegen hat er erneut Beschwerde beim Kantonsgericht erhoben. Gemeinde- und Einwohnerrat haben dazu wiederum eine Stellungnahme eingereicht.

Die Einwohnerrats-Sitzung am 10. März 2008 fällt mangels genügend beschlussreifer Geschäfte aus.

Neu eingereichte persönliche Vorstösse:

- Interpellation SP vom 22.1.2008: Was bezweckt das neue Reinigungskonzept? Gesch. Nr. 188
- Interpellation U.-P. Moos, SVP, vom 25.1.2008: Verteilung der Freikarten von Kulturinstitutionen, Gesch. Nr. 189

Es werden keine Wortbegehren gestellt. Die Interpellationen gehen zur Behandlung an den Gemeinderat.

Traktandenliste:

	Gesch. Nr.
1. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 8.1.2008: Ersatzbeschaffung Werkhof-Fahrzeuge, Investitionsausgabe von CHF 161'000.—	187
2. Bericht der Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission vom 20.12.2007: Auftrags- und Beschaffungswesen	186
3. Stellungnahme / Antrag des Gemeinderats vom 8.1.2008: Postulat SP: Vergabekriterien für Aufträge der Gemeinde	176
4. Stellungnahme / Antrag des Gemeinderats vom 8.1.2008: Postulat CVP: Gefährlicher Fussgängerstreifen Bottmingerstrasse 71, BLT-Haltestelle Bottminger Mühle, Linie 10	181
5. Diverses	

Traktandum 1**Geschäft Nr. 187**

Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 8.1.2008:

Ersatzbeschaffung Werkhof-Fahrzeuge, Investitionsausgabe von CHF 161'000.—Eintreten:

SP: S. Brenneisen: Der Kredit für die Fahrzeug-Beschaffung wird grundsätzlich gutgeheissen. Vorbehalte gibt es lediglich betreffend den Gastank beim Fahrzeug für die Gärtnerei. Darauf sollte verzichtet werden, weil dadurch die Nutzlast stark eingeschränkt würde. Dies gilt auch für den Transporter für den Friedhof. Er stellt sich in diesem Zusammenhang die Frage, ob es bereits andere Fahrzeuge mit Kipper im Werkhof gibt. Das vorhandene Friedhof-Fahrzeug ist erst zehn Jahre im Betrieb. Über dessen Zustand fehlen Angaben in der Vorlage. Es wird lediglich auf die zunehmenden Reparaturkosten hingewiesen. Generell sollte bei Ersatzbeschaffungen der wirtschaftliche Aspekt stärker berücksichtigt werden.

SVP: U. Weber: Vor einem Jahr lautete die Auskunft des Gemeinderats, dass der Schneepflug mit einigen Anpassungen noch weiterhin im Einsatz stehen könne. Wegen der Einführung von Tempo 30-Zonen drängt sich nun doch bereits eine Neuanschaffung auf. Bezüglich Erdgastank beim Mercedes für die Gärtnerei plädiert er für Dieselmotorantrieb gemäss Euronorm 5. Inzwischen besteht nämlich kein nennenswerter Unterschied mehr zu gebräuchlichen Benzinmotoren, was den Abgasausstoss anbelangt. Seine Fraktion wird der Investitionsausgabe zustimmen.

FDP: P. Heiz gibt bekannt, dass die Begründung für die Beschaffung in der Vorlage ausreichend belegt ist und daher befürwortet wird. Besonders positiv ist zu erwähnen, dass die strengen Abgasnormen eingehalten werden. Lediglich ein gasbetriebenes Fahrzeug ist aus Sicht der FDP-Fraktion keine Option, weil dadurch die Nutzlast zu stark reduziert wird und die Vorteile des Gasbetriebs zunichte machen.

CVP: A. Achermann hält fest, dass auch seine Fraktion dem Betrag zustimmen wird. Eigentlich erübrigt sich eine Debatte darüber, werden doch aufgrund eines von Fachleuten ausgearbeiteten Beschaffungsplans die Fahrzeuge sukzessive ersetzt. Interessieren würde jedoch die Antwort auf die Frage, mit welchen Einnahmen der Gemeinderat aus den Verkäufen der ausscheidenden Fahrzeuge rechnet und ob diese vom Kredit von 161'000 Franken in Abzug gebracht werden.

Grüne/EVP: R. Bänziger: Auch ihre Fraktion ist im Prinzip mit der Anschaffung einverstanden. Binningen ist in der komfortablen Lage, dass die älteren Modelle durch neue, umweltverträglichere ersetzt werden können. Bedauerlich ist, dass die alten Dreckschleudern in einem anderen Land vermutlich weiter eingesetzt werden. Derzeit ist Euronorm 4 noch gültig, ab Oktober 2008 wird Euronorm 5 verbindlich. Sind allenfalls jetzt schon die Fahrzeuge mit verschärfter Abgasnorm 5 erhältlich?

Stellungnahme des Gemeinderats: *B. Gehrig* beantwortet die Fragen. Der Kipper ist ein Raupenfahrzeug und das einzige dieser Art im Werkhof. Der vorhandene Lastwagenkipper wird für ganz andere Einsätze verwendet. Das Argument, dass die Fahrzeuge nach relativ kurzer Zeit gemäss Plan ersetzt werden, trifft zwar zu. Aus wirtschaftlicher Sicht kann dem entgegen gehalten werden, dass dadurch der Restwert bei Rückgabe höher ist. Der Erlös wird selbstverständlich vom beantragten Kredit abgezogen. Ein Betriebsunterbruch oder die kurzfristige Beschaffung eines teuren Mietfahrzeugs kämen auch teuer zu stehen. Dass nun doch bereits ein neuer Schneepflug angeschafft werden muss, stört ihn persönlich ebenfalls. Durch die Einschränkungen aufgrund der Tempo 30-Zonen ist dies jedoch unvermeidlich; andernfalls fällt bedeutend mehr Handarbeit an. Der Einwohnerrat hat dem Gemeinderat klar den Auftrag erteilt, dass die neueste Technik anzuschaffen ist, daher soll ein Gasbetrieb geprüft werden. Ob bereits Abgas-Euronorm 5 erhältlich ist, wird die Evaluation zeigen, zu der Fachleute zugezogen werden. Die jetzigen Fahrzeuge gehen zurück an die Herstellerfirma. Es ist nicht ausgeschlossen, dass sie entweder "ausgeweidet" oder repariert und dann in anderen Ländern weiterhin zum Einsatz kommen werden.

SVP: U.-P. Moos bemerkt zum Votum von R. Bänziger bezüglich Dreckschleudern, welche in andern Ländern weiter eingesetzt werden, dass eine gesamtheitliche Betrachtungsweise angebracht ist. Für die Fahrzeugproduktion braucht es viel Energie. Die Sicht der Grünen ist diesbezüglich eindimensional.

Detailberatung: entfällt

Mit 36 Ja bei 2 Enthaltungen wird beschlossen:

://: Für die budgetierten Beschaffungen von Werkhof-Fahrzeugen wird zu Lasten Konto 620.506.06 eine Investitionsausgabe von CHF 161'000.00 bewilligt.

Traktandum 2

Geschäft Nr. 186

Bericht der Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission vom 20.12.2007:

Auftrags- und Beschaffungswesen

GRPK-Präsident M. Metz führt aus, dass eine Subkommission sich mit diesem Thema auseinandergesetzt hat, welches schon seit einiger Zeit auf der Pendenzenliste stand. Inzwischen kamen auch Anstösse aus der Bevölkerung, wonach die Verwaltung angeblich gewisse Betriebe bevorzuge. Dieser Punkt wurde besonders untersucht. Es hat sich jedoch herausgestellt, dass das nicht zutrifft. Die Submissionen werden gesetzeskonform durchgeführt. Somit besteht kein Handlungsbedarf. Die GRPK überlässt es dem Gemeinderat, allenfalls interne Vergaberichtlinien festzulegen. Zu den weiteren zu prüfenden Kriterien bei Vergabungen (nächstes Traktandum) wurde inhaltlich im GRPK-Bericht ebenfalls Stellung genommen.

Eintreten: keine Wortmeldungen

://: Vom vorliegenden Bericht wird Kenntnis genommen.

Traktandum 3

Geschäft Nr. 176

Stellungnahme / Antrag des Gemeinderats vom 8.1.2008:

Postulat SP: Vergabekriterien für Aufträge der Gemeinde

Eintreten:

SP: S. Zürcher ist etwas enttäuscht, dass keine anderen Kriterien einbezogen werden können. Aufgrund der Gesetze kann jedoch keine Rücksicht darauf genommen werden, woher ein Anbieter kommt. Bedauerlich auch, dass ökologische Aspekte sowie der verständliche Wunsch, Firmen der Region in gewissem Mass zu unterstützen, nicht berücksichtigt werden können. Dies ist nur gerade beim freihändigen und beim Auswahlverfahren überhaupt möglich. Der Gemeinderat ist aufgerufen, wenigstens diesen kleinen Spielraum zu nutzen und beispielsweise Firmen zu berücksichtigen, welche Lehrlinge ausbilden oder solche, die ihre Fahrzeuge ökologisch und ökonomisch einsetzen. Die Fraktion ist mit der beantragten Abschreibung des Vorstosses einverstanden.

Grüne/EVP: B. Gürler unterstützt vollumfänglich das Votum des Vorredners. Soziale, ethische und ökologische Aspekte sollte der Gemeinderat wenn immer möglich einbeziehen. Die Gemeinde hat eine Vorbildfunktion und muss ihre Verantwortung wahrnehmen.

SVP: U. Rediger kann sich ebenfalls weitgehend der Aussage von S. Zürcher anschliessen. Seine Fraktion begrüsst es, dass die Exekutive das örtliche Gewerbe wenn möglich berücksichtigt.

SVP: U.-P. Moos kann die Enttäuschung der SP-Fraktion nicht verstehen. Kürzlich wurde ein Flyer betreffend Umbau Kronenplatz in Binningen verteilt. Kreiert war dieser von einer SP-Kandidatin sowie einem SP-Kandidaten. Offenbar setzt sich der Gemeinderat für das lokale Gewerbe ein.

Stellungnahme des Gemeinderats: *C. Simon* stellt klar, dass diese Bemerkung völlig fehl am Platz ist. Bekanntlich ist der Umbau Kronenplatz Kantonssache und die Gemeinde hat somit keine Einflussmöglichkeit.

Gemeinderat B. Gehrig betont seinerseits, dass ihm die postulierten Anliegen auch wichtig sind, jedoch vom Gesetz her kaum Spielraum besteht. Die Verwaltung kann es sich nicht erlauben, aus subjektiven Gründen Aufträge zu vergeben, welche Schadenersatzklagen nach sich ziehen. Einzig bei freihändigen Vergabungen kann den oben erwähnten Aspekten Rechnung getragen werden.

Einstimmig wird beschlossen:

://: Das Postulat wird als erledigt abgeschrieben.

Traktandum 4

Geschäft Nr. 181

Stellungnahme / Antrag des Gemeinderats vom 8.1.2008:

Postulat CVP: Gefährlicher Fussgängerstreifen Bottmingerstrasse 71 - BLT-Haltestelle Bottminger Mühle, Linie 10

Stellungnahme des Gemeinderats: *C. Simon:* Vor vier Tagen ist die Stellungnahme vom zuständigen kantonalen Amt eingetroffen. Das Anliegen wurde im Januar an einer Koordinationssitzung zwischen Tiefbauamt und Polizei besprochen. Aus folgenden Gründen ist es nicht umsetzbar:

1. Aus betrieblicher Sicht kann die vorgeschlagene Koordination der kurz aufeinander folgenden Lichtsignale nicht umgesetzt werden.
2. Die Örtlichkeiten wurden bereits im 2001 beurteilt. Daraufhin wurde die Grünphase für Fussgänger/innen und die "Schutzzeit", d. h. jene Zeit, in der die Ampel an der Bottmingerstrasse für den motorisierten Verkehr auf Rot und die Fussgängerampel anschliessend auf Grün wechselt bzw. umgekehrt, erhöht. Dies bedeutet für Fussgänger/innen mehr Sicherheit beim Überqueren der Bottmingerstrasse.
3. Ausserdem wurde nebst den seitlichen Ampeln zusätzlich eine Signalanlage "Über Kopf", d. h. oberhalb des Fussgängerstreifens / der Fahrbahn angebracht. Dies ist eine zusätzliche Warnung für die Autos.

Die Ampeln sind aus Sicht des Leiters der Verkehrstechnik genügend sichtbar und somit drängen sich keine weiteren Massnahmen auf.

Diese Antwort ist auch für den Gemeinderat nicht restlos befriedigend. Da es sich um eine Kantonsstrasse handelt, kann Binningen aber lediglich Wünsche anbringen. Wird insistiert, besteht die Gefahr, dass der Kanton diesen Fussgängerstreifen ganz eliminiert. Positiv zu erwähnen bleibt, dass vor rund einem Jahr in diesem Abschnitt eine Radaranlage installiert wurde. Seither wird die erlaubte Höchstgeschwindigkeit deutlich disziplinierter eingehalten. Der Gemeinderat beantragt daher, das Postulat nicht nur zu überweisen, sondern auch gleich als erledigt abzuschreiben.

Eintreten:

CVP: L. Metzger ist nicht weiter über die ablehnende Argumentation erstaunt. Zu Punkt 1: Die Forderung sei aus betrieblicher Sicht nicht realisierbar, wendet er ein, dass dies an der Kreuzung Hauptstrasse / Curt Goetz-Strasse immerhin möglich ist. Dort sind die Ampeln koordiniert geschaltet. Tatsache bleibt: Wer die Bottmingerstrasse auf der Höhe der Hausnummer 71 überquert, begibt sich in Lebensgefahr. Die Anwohner/innen sind sich des Risikos bewusst, Ortsunkundige jedoch nicht. Vermutlich wird erst gehandelt, nachdem ein schwerer Unfall geschehen ist. Seines Erachtens muss weiter Druck ausgeübt werden; deshalb soll das Postulat überwiesen aber nicht abgeschrieben werden. Die Autos fahren bei der Ampel auf der Höhe des Altersheims Langmatten zwar langsamer, jedoch nicht im besagten Abschnitt. Die Erhöhung der Schutzzeit ist keine echte Verbesserung. Die Automobilisten überfahren das Rotlicht Richtung Basel gewiss nicht willentlich, sondern weil sie 60 Meter weiter vorne das Grünlicht sehen.

FDP: R. Moll erklärt, dass die Situation an der Bottmingerstrasse nicht mit jener an der Kreuzung Hauptstrasse / Curt Goetz-Strasse verglichen werden kann. Ein Grund, dass die Ampeln bei ersterer nicht gleichgeschaltet werden können, liegt darin, dass dort ausserdem das Tram verkehrt sowie dass die Gorenmattstrasse mit Links- und Rechtsabbieger-Verkehr einmündet. Die vom Kanton getroffenen Massnahmen, entschärften die Situation wesentlich. Die längere Schutzzeit ist positiv. Auch dass die Ampeln sich visuell voneinander unterscheiden, trägt zu deren besseren Beachtung bei. Die Fraktion wird dem Antrag auf Überweisung und Abschreibung folgen.

SP: D. Gorba: Seine Fraktion ist für Überweisung, einige Mitglieder werden auch der Abschreibung des Postulats zustimmen. Der Gemeinderat ist aber aufgerufen, das Augenmerk auf den Langsamverkehr zu richten und insbesondere auf die Sicherheit der Schulkinder. Nötigenfalls soll beim kantonalen Amt interveniert werden, damit die Rot- bzw. Grünphase länger oder kürzer eingestellt wird.

Grüne/EVP: M. Schmidli bestätigt, dass die Situation an der Bottmingerstrasse 71 gefährlich ist. Die Antwort der Bau- und Umweltdirektion überzeugt nicht. Wenn die Koordination der Ampeln aus betrieblicher Sicht nicht durchsetzbar ist, so sind andere Möglichkeiten zu prüfen, wie beispielsweise eine andere Ampel oder eine gut sichtbare Beschilderung. Und zum Hinweis von C. Simon, dass bei weiterem Insistieren der Fussgängerübergang ganz aufgehoben werden könnte, würde sie dies vorziehen. Lieber keine Ampel als eine, die für Fussgänger grün zeigt und trotzdem Autos fahren. Ihre Fraktion ist für Überweisung aber gegen das Abschreiben des Vorstosses.

FDP: M. Ziegler fehlt die Information vom Gemeinderat, wie viele Unfälle an dieser Stelle in den letzten Jahren vorkamen.

FDP: P. Treuthardt möchte vom Postulanten wissen, ob er darauf bestehen und damit das Risiko eingehen will, dass der Fussgängerstreifen aufgehoben wird, was er als problematisch erachtet.

Gemeindepräsident C. Simon teilt die Ansicht von R. Moll, dass die beiden Fälle nicht vergleichbar sind. An der Hauptstrasse folgen die Ampeln dichter aufeinander. Will man alle Ampeln an der Bottmingerstrasse aufeinander abstimmen, so bedeutet dies eine extrem lange Wartezeit für die Fussgänger/innen. Das wiederum verleitet dazu, die Strasse trotz Rotlicht zu überqueren. Zudem muss der Verkehr mit dem Trambetrieb koordiniert werden.

CVP: L. Metzger würde es befürworten, wenn die Fussgängerampel nicht mehr betätigt werden könnte. Eine weitere zu prüfende Variante wäre, dass an die Ampel an der besagten Stelle ein so grosses Hinweisschild angebracht würde, dass die zweite folgende Ampel an der Kreuzung Gorenmattstrasse verdeckt wird. Es muss nicht unbedingt eine teure Neuprogrammierung der Lichtsignalanlage vorgenommen werden.

SVP: U. Rediger erwähnt, dass mit dem neuen Verkehrsgesetz, welches Fussgängern Vortritt auf dem Zebrastreifen einräumt, die Unfallrate zunimmt. Viele überqueren seither die Strassen, ohne auf den Verkehr zu achten. Wird jedoch der Übergang aufgehoben, erhöht sich diese Gefahr an der Bottmingerstrasse 71. Vielleicht kann das kantonale Amt zu einer weiteren Verbesserung motiviert werden. Das Augenmerk ist besonders auf die Sicherheit der Schulkinder zu richten. Das Postulat soll überwiesen aber gleichzeitig als erledigt abgeschrieben werden.

Mit 24 Ja bei 14 Enthaltungen wird beschlossen:

://: Das Postulat wird an den Gemeinderat überwiesen.

Mit 18 Ja, 15 Nein bei 5 Enthaltungen wird beschlossen:

://: Das Postulat wird als erledigt abgeschrieben.

Traktandum 5

Diverses

Gemeindepräsident C. Simon verweist darauf, dass am kommenden Mittwoch, 30. Januar, um 19.30 Uhr, das kantonale Amt hier im Kronenmattsaal betreffend Baustelle Kronenplatz informieren wird.

V. Dubi erkundigt sich in diesem Zusammenhang, ob für die Festlegung der Haltestellen von Bus und Tram die Gemeinde oder der Kanton zuständig sei.

C. Simon antwortet, dass der Kanton federführend ist zusammen mit den Verkehrsbetrieben. Die Gemeinde ist angefragt worden, kann aber nichts entscheiden.

Auf die Frage des *Präsidenten U. von Bidder* an Gemeinderat *B. Gehrig*, ob er noch zusätzlich etwas zur schriftlich abgegebenen Information betr. Gartenbad Bottmingen anfügen will, verneint dieser.

U. von Bidder macht noch darauf aufmerksam, dass im Foyer eine Broschüre der Musikschulen aufliegt zu einem Podiumsgespräch zum Thema "Gibt es ein Anrecht auf musikalische Bildung?". Der Anlass findet am 12. März 2008, um 20.00 Uhr, im Kirchgemeindehaus Martinshof, in Liestal statt.

Und schliesslich bittet er die Ratsmitglieder, sich den Samstagnachmittag/-abend für den Einwohnerrats-Ausflug, am 24. Mai 2008 freizuhalten.